

Rede der Staatsministerin a. D. Ruth Wagner

„Soziale Marktwirtschaft heißt

Freiheit zur Verantwortung!“

Rede am 2.12.2010,
Erster Frankfurter Ludwig-Erhard-Dialog,
IHK Frankfurt/M.

Sperrfrist: Beginn der Rede
Es gilt das gesprochene Wort!

Begrüßung

Anlässlich der Tagung des Bankenverbandes Deutschland im Oktober 2009 mit dem Titel „Was hält die Gesellschaft zusammen?“ begann die Chefkorrespondentin des Tagesspiegels, Frau Tissy Bruns, mit den Worten: „Ich mache mir die Antwort ganz leicht: *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit*, die Ideale der Demokratie und das Wissen, dass der freiheitliche Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren oder schaffen, schon gar nicht erzwingen kann.“ Sie erläuterte, dass dies Voraussetzungen, Werte und Leitbilder seien, die der Westen über Jahrhunderte mühsam gelernt habe, nämlich aufgrund von religiösen, politischen, philosophischen und sozialen Ideen, aber auch aufgrund von Erfahrungen schrecklicher menschenverachtender Kriege und eben solcher Politiken. Sie erinnerte an Augustinus, der gesagt hatte, dass „Staaten, die nicht der Idee der Gerechtigkeit folgen, nichts anderes sind als große Räuberbanden.“

Sie behauptete, dass im September 2008 mehr geplatzt sei als eine große Finanzblase, nämlich die Zerstörung von Einsichten, die unsere gesamte Gesellschaft zusammenhielten: „Dass man verantwortlich ist und haften muss für das eigene Tun, zur Rechenschaft gezogen werden kann, für die Folgen geradestehen muss, vor allem aber, dass die eigene Freiheit begrenzt ist durch die der anderen.“

Vor 20 Jahren dagegen schien es so, als sei das genaue Gegenteil am Horizont eines anderen epochalen Wandels zu erkennen, nämlich der Sieg von Freiheit und Verantwortung – nahezu weltweit. Davor, bis zum Sommer und Herbst 1989, galt die alte Welt der Zweiteilung in den Block der so genannten „freien Welt“, dominiert von der Weltmacht der USA, und den Block der „sozialistischen Staaten“, dominiert von der UdSSR und ihren Verbündeten.

Nach Glasnost und Perestroika in der UdSSR, der Öffnungspolitik in Ungarn nach Westen, war es vor allem die friedliche Revolution der Bürgerbewegung in der DDR im Sommer 1989, die Stationen der mächtigen friedlichen Demonstrationen der Leipziger am 9. Oktober 1989 zur Öffnung der Mauer in Berlin am 9. November 1989

fürhte. Damit zerbrach die Zweiteilung der Welt. Mit den ersten demokratischen Wahlen in der DDR am 18.3.1990 - und nach den Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen, bis hin zum Tag der Wiedervereinigung am 3.10.1990, ist in Deutschland etwas geschehen, was der Pfarrer und Bürgerrechtler Ehrhardt Neubert aus Thüringen den „Kairos der deutschen Nation“ genannt hat, nämlich die Erringung der Freiheit für alle Deutschen. Die folgende Neuordnung Europas, die europäische Währungseinheit und wirtschaftliche Weiterentwicklung und die weltweite Suche nach neuen Ordnungen ist durchaus noch in vollem Gang!

Mit den beiden Schlachtrufen auf den Straßen der DDR „Wir sind d a s Volk“ und „Wir sind e i n Volk“ sind die beiden Quellen benannt, die diese Revolution speisten, nämlich die Volkssouveränität und die deutsche nationale Einheit, wie sie von den Revolutionären der Jahre 1847/48 gefordert und trotz der Verfassung der Paulskirche blutig verhindert wurden. Die friedliche Revolution des Jahres 1989, 150 Jahre später, enthielt im Kern die Wertvorstellungen und die Ideen der bürgerlichen Freiheiten, Menschenrechtsgarantien, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Gerichte und der Medien, Parteienvielfalt, wie auch wirtschaftliche Freiheit und auf gleichen Rechten der Bürger basierende parlamentarische Demokratie, wie sie im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland 1948 verankert sind.

Die Freiheit, die vor allem auch in der Achtung der Würde des einzelnen Menschen durch den Staat verstanden wurde, ist in den Gedenkreden zum 20. Jahrestag der friedlichen Revolution immer wieder angesprochen worden. Artikel 1 des Grundgesetzes wurde häufig zitiert, aber oft nur der erste Satz, nämlich: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Oft wurde unterlassen, den darauf folgenden Satz dieses Artikels unserer Verfassung auch zu benennen, nämlich: „Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Beide Postulate aber gehören untrennbar zusammen, weil sie die Lehre aus der Schwäche der Weimarer Republik und aus der Nazidiktatur sind. Die Bindung und Verpflichtung aller staatlichen Gewalt, nämlich von Gesetzgebung, von vollziehender Gewalt (Regierungen) und Rechtsprechung, also aller staatlichen Gewalt an die Menschen- und Bürgerrechte, ihre Verpflichtung zur Achtung und zum Schutz der Menschenwürde, das ist die Basis des geeinten Deutschland.

Joachim Gauck hat in vielen Reden an das Glück der Befreiung von der Diktatur im Herbst 1989 erinnert, an die Freude über das Erringen der Freiheit und an die Kraft der Freiheit, die zur Überwindung von Angst, Unmündigkeit und Ohnmacht führte. Die Besinnung auf den Wert der Freiheit, die nicht nur von Zwang befreit, sondern zum Handeln in Verantwortung führt, sei die Lehre der Freiheitsbewegung, der friedlichen Revolution von 1989 in ganz Europa. „Wir werden nur eine vereinte Nation“, so Gauck, „wenn wir uns auf die Kraft der Freiheit besinnen, wenn wir aktive Bürger, „citoyens“ werden und für uns selbst und den Nächsten Verantwortung übernehmen.“ „Vielleicht gehört das zu den großen Geheimnissen der freiheitlichen Gesellschaft, dass sie nie am Ende ist, dass sie, neben großer Begeisterung, auch große Furcht auslösen kann“, sagte er 2005 anlässlich der Verleihung des Heinz Herbert Karry-Preises im Frankfurter Römer.

Freiheit, das scheint für viele Bundesbürger und auch für viele in der jüngeren Generation, ein selbstverständlicher Wert zu sein. Wer will sich denn nicht zur Freiheit bekennen? Dass Freiheit ein fragiles, zerbrechliches Gut ist, das „man sie täglich neu erobern muss“, wie Friedrich Schiller sagte, wird oft verdrängt. Freiheit kann man nicht auf Dauer besitzen, sie ist eine Haltung, die Mut verlangt, eine Kraft, deren Pendant Verantwortung heißt und die jeden Tag erneuert werden muss. Sie ist für mich als Liberale die Kernbotschaft der Politik. Beide, Freiheit und Verantwortung, sind für mich nicht nur Lebensprinzipien, sondern Grundsätze für alle Politikfelder. Sie sind Bedingungen für eine offene Staatsbürgerschaft in einer parlamentarisch-repräsentativen Demokratie, die sich von Versorgungsmentalität, Staatsfürsorge, aber auch Wertbeliebigkeit und egoistischem Verbrauch der Chancen der nächsten Generation deutlich abgrenzen muss. Individuelle Freiheitsrechte, Leistungsorientierung, Weltoffenheit und Toleranz gehören für mich zusammen. Rechte und Pflichten in unserer Gesellschaft sollten wieder zusammengeführt werden.

Die moderne Freiheitsidee hat in der Verbindung von Religionsfreiheit und persönlicher sowie auch politischer Freiheit, in den Werken und der Lehre von Martin Luther eine starke Ausprägung erhalten, am stärksten aber in der Philosophie Immanuel Kants. In seiner Schrift „Was ist Aufklärung?“ definiert er: „Aufklärung ist die Befreiung des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit, sei der

Mut des Menschen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Zu dieser Aufklärung ist nichts anderes erforderlich als Freiheit und zwar die unschädlichste unter allen, was nur Freiheit heißen mag, nämlich die, von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlich Gebrauch zu machen.“. Durch Schulung der Vernunft, durch Bildung, wird der Mensch nach Kant erst zu einem Individuum, zu einer Persönlichkeit und damit zu einem freien und verantwortlichen Bürger.

Rüdiger Safranski, der Philosoph, der sich vor allem auch mit dem Freiheitsbegriff in der heutigen globalisierten Welt beschäftigt, interpretiert diesen Anspruch folgendermaßen: „Den Kern der Kantschen Argumentation bildet der Glaube an diese stolze, mutige Vernunft. Kant orientiert sich am Bild eines Menschen, der sich friedensfähig in eine Gemeinschaft einfügt, nicht weil er schwach ist und sich anpasst, sondern weil er über sich selbst herrschen und seinen Egoismus beherrschen kann. Solche Vernunft gilt bei Kant als universell. Sie ist das Organ, mit dessen Hilfe der Einzelne sich als Glied, nicht nur eines Volkes und Staates, sondern der Menschheit begreifen kann. Die Vernunft entgrenzt. Der Einzelne, der seine Vernunft achtet und auf sie hört, entdeckt und achtet damit zugleich die Menschheit in sich. Menschheit, nicht im Sinne einer statischen Größe, sondern als Ausdruck für die Vernunft und die Würde des Einzelnen. Wer die Menschheit in sich ehrt, überwindet das bloße Selbsterhaltungsinteresse und wird fähig zur Solidarität. Diese Vernunft, so Kant, macht den Menschen zum Weltbürger. Sie ist der direkte Weg vom Ich zum Wir.“

Die Wertschätzung der wichtigen drei Ideale der Französischen Revolution, nämlich Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, gilt auch heute unverändert, aber deren Rangfolge, deren Gewichtung und ihre Durchsetzung werden außerordentlich unterschiedlich gesehen. Das Umfrageinstitut Allensbach hat seit nun fast 20 Jahren immer wieder an die Deutschen die Frage gestellt, welcher Wert für sie gewichtiger sei, der der Freiheit, oder der der Gleichheit. 1990 haben etwa 60 % der Westdeutschen auf diese Frage geantwortet, dass sie den Wert der Freiheit höher einschätzen, als den der Gleichheit. Die Ostdeutschen haben zu diesem Zeitpunkt zu 60 % den Wert der Gleichheit für wichtiger geachtet, als den der Freiheit. Im Laufe der Jahre haben sich die Wertigkeiten und die Vorrangigkeit erheblich verändert. 2009 haben auf dieselbe Frage in Ostdeutschland wie in Westdeutschland

60 % aller Bundesbürger geantwortet, dass sie den Wert der Gleichheit für wichtiger erachten als den der Freiheit! Ich halte das für verheerend.

Nach meiner Auffassung ist der Freiheitsbegriff der umfassendste Wert. Freiheit ist aus meiner Sicht immer in Verbindung mit Verantwortung zu sehen. „Die Freiheit des Einzelnen findet ihre Grenze in der Freiheit des anderen Einzelnen, des Nächsten.“, so sagte Karl Hermann Flach vor Jahren. Ich verbinde mit dem Freiheitsbegriff keinen Gegensatz zur Gleichheit. Freiheit und Gleichheit bedingen einander, insofern als das Recht auf Verschiedenheit ja für jeden Einzelnen gleichwertigen Freien gilt. Genetische Unterschiedlichkeit gehört zum Freiheitsbegriff jedes einzelnen Menschen, das Recht auf Verschiedenheit konstituiert erst auch Chancengerechtigkeit, Wettbewerb und freie Entfaltung der Fähigkeiten eines Menschen.

Gleichheit ist vor allen Dingen die Gleichheit vor dem Gesetz, die Gleichberechtigung in allen Lebenslagen, die Negation der Ungleichheit nach Geschlechtern, nach Hautfarbe, nach Rassen, nach Religionszugehörigkeiten. Gleichheit ist vor allen Dingen Startgleichheit und Chancengleichheit, aber keine Gleichheit im Ergebnis einer Entwicklung. Gleichheit und Freiheit bedingen sich gegenseitig, wenn sie die Unterschiedlichkeit, die verschiedenen Fähigkeiten, die Stärken und Schwächen gegenseitig tolerieren und die Bereitschaft zur Abschaffung abschaffbarer Ungleichheiten gewollt wird, aber auch die Anerkennung und das Aushalten von nicht zu beseitigenden Ungleichheiten. Deshalb gehören Freiheit und Verantwortung, Chancengleichheit und Freiheit zusammen. Die Kultur der Freiheit umschließt die Bereitschaft zum Lernen, zur Leistung, die Bereitschaft auf Neues und die Neugierde, Fremdes zu erkunden und Neues zu wagen. Einzigartigkeit durch Unterschiedlichkeit unserer Fähigkeiten, Stärken und Schwächen, verlangt aber auch die Anerkennung dieser Einzigartigkeit und nicht Gleichmacherei. Dies gilt in allen Lebensbereichen, auch in der Wirtschaft.

Die freie und soziale Marktwirtschaft, wie sie in der Bundesrepublik vor allem von Ludwig Erhard geprägt worden ist, geht auf die Nationalökonomien Wilhelm Röpke und Walter Eucken sowie seinen Lehrer Franz Oppenheimer zurück. Sie waren

Befürworter freier Märkte, die aber von Spielregeln geprägt sind, wie zum Beispiel der freie Handel von Waren, die freie Auswahl der Produkte, die freie Preisbildung, aber auch die Garantie dieser Freiheiten. Das heißt, dass Monopole, die einen Markt bedrohen, verhindert werden müssen. Das heißt, dass es eine Kartellgesetzgebung geben muss, die für faire Regeln im Wettbewerb sorgt. Das heißt, dass das Prinzip der Nichtdiskriminierung auch zugunsten neuer Marktteilnehmer gelten muss.

Die Freiheit zum Handeln und das Übernehmen der Verantwortung für das eigene Handeln gehören eng zusammen. Die globale Finanzkrise hat das Auseinanderfallen von Agieren und Verantwortung mehrfach vor Augen geführt, wenn Gewinne privatisiert, Verluste aber sozialisiert worden sind.

„Die Wurzeln allen Übels“, so Susanne Schmidt, langjährige Bankerin in der Londoner City hat in ihrem - vor allem auch für Nichtökonominnen - lesenswerten Buch „Markt ohne Moral“ die im angelsächsischen Raum seit Jahren so benannte Asymmetrie des westlichen Bankensystems, die „Moral Hazard“ beschrieben, in Deutschland mit dem Begriff „Moralisches Risiko“ unzureichend übersetzt.

Gemeint ist folgendes: Wer eine Vollkaskoversicherung für sein Fahrzeug abschließt und darauf vertrauen kann, im Schadensfall diesen vollständig ersetzt zu bekommen, der wird automatisch die Anstrengungen verringern, einen Schaden zu vermeiden. Im Ergebnis hat der Autofahrer eine Art privaten „Gewinn“ in Form eines laxeren Fahrstils und schnelleren Geschwindigkeiten, im Schadensfall haftet für die Verluste aber nicht er selbst, sondern das Kollektiv, die Versicherungsgemeinschaft. Dieses Grundprinzip lässt sich übertragen auf einiges, was wir im Rahmen der Finanzkrise erlebt haben. Manche Finanzinstitute wurden so groß, „systemisch“, dass man ihre Insolvenz um jeden Preis verhindern musste, um nicht das gesamte Finanzsystem ins Wanken zu bringen. Wer aber weiß, dass er im Zweifel vom Kollektiv, in diesem Fall den Steuerzahlern, gerettet wird, der wird sich unvorsichtiger verhalten und hohe Risiken eingehen, die er ansonsten meiden würde. Den Nutzen aus diesem höheren Risiko im Erfolgsfall haben das Institut bzw. dessen Anteilseigner in Form höherer Gewinne, im Schadensfall haftet dann aber nicht mehr das Individuum, sondern die Gemeinschaft.

Dieses Auseinanderfallen von Freiheit zum Handeln und Übernehmen von Verantwortung und Haftung ist in meinen Augen eine der Hauptursachen der Finanzkrise. Dieser Fehler im System muss daher dringend beseitigt werden. Die Einheit von Handeln und Verantwortung ist wieder herzustellen. Denn ansonsten führt die Freiheit des Einzelnen dazu, dass die Mitglieder des Kollektivs, die schließlich die Haftung übernehmen müssen, in ihrer Freiheit beschränkt werden.

Entgegen der zum Teil verbreiteten Meinung ist das vollkommen unregulierte freie Spiel der Teilnehmer auf Märkten allgemein und der Finanzmärkte im Speziellen daher eben gerade kein Markenzeichen liberaler Politik. Im Gegenteil, schärfere Regelungen auf den Finanzmärkten in Form eines klaren Ordnungsrahmens und die Überwachung dieser Regeln durch handlungsfähige staatliche Institutionen sind elementare Bestandteile des Liberalismus, auf die unsere Marktwirtschaft aufbaut. Dem Einzelnen durch klar definierte „Spielregeln“ gewisse Grenzen in seinem Handeln zu setzen, ist aus diesen Gründen kein Gegensatz zur Freiheit. Für die 1947 gegründete „Wirtschaftspolitische Gesellschaft“ galt und gilt, dass „Verantwortung und Haftung“ nicht nur in Krisenzeiten „unzertrennlich zusammengehören“.

Markt und Moral waren und sind für Anhänger der freien und sozialen Marktwirtschaft keine Gegensätze, im Gegenteil, es muss eine Verantwortlichkeit und Haftung der Marktteilnehmer geben, wenn sie Transparenzregeln, Informationsfreiheit, persönliche Verantwortung für wirtschaftliches Handeln umgehen oder betrügen. Fairness, Verlässlichkeit, Haftung und Verantwortlichkeit sind in der freien und sozialen Marktwirtschaft ebenso konstituierende Bestandteile wie der Wettbewerb der Anbieter und Nachfrager. Der Markt ist ein einzigartiges Entmähigungsprogramm. Unkontrollierte wirtschaftliche und auch politische Macht entsteht immer nur dann, wo Wettbewerb und Markt aus politischen Motiven entmachtet worden sind.

Brüderlichkeit, Solidarität oder soziale Gerechtigkeit gehören zur Ethik des freien Menschen. Die Hinwendung zum Schwachen, zum Hilfsbedürftigen, zum Kranken, zu Kindern und Alten ist eine Kerntugend des freien Menschen. Diese Grundhaltung hat nichts mit sozialer Mentalität des Staates, aber auch nichts mit einer allumfassenden Daseinsfürsorge durch den Staat zu tun. Leider hat die Entwicklung

des letzten halben Jahrhunderts in vielen europäischen Staaten mit der Delegation von Verantwortung an den Staat zu einer Erhöhung von Steuern und Sozialleistungen und damit zu einer hohen Staatsquote geführt, aber auch zu einer außerordentlich hohen Einkommensbelastung der Bürger und zu einer Einschränkung der individuellen Verfügungsfreiheit über das erarbeitete Einkommen.

Einige Zahlen für Deutschland belegen diese These: Der Anteil der Wirtschaftsleistung, der für soziale Zwecke umverteilt wird, liegt inzwischen bei etwa 30 % - das sind rund 700 Milliarden Euro jährlich. Knapp jeder Vierte im Alter zwischen 18 und 65 lebt ganz oder teilweise mit staatlicher Unterstützung, und bezogen auf die gesamte Bevölkerung beträgt der Anteil der Empfänger von Sozialleistungen fast 38 %. Die jährlichen Sozialausgaben pro Einwohner lagen im Jahr 2007 bei über 8.500 Euro. Das Erstaunliche und gleichzeitig Frustrierende ist, dass trotz dieser inzwischen erreichten enormen Größenordnungen das Empfinden der Bürgerinnen und Bürger ein ganz anderes ist. In einer Umfrage der Ludwig-Erhard-Stiftung aus dem Jahr 2009 bezeichneten gerade einmal 13 % der Befragten die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik als „gerecht“. Dass staatliche Umverteilung Gleichheit im Ergebnis letztlich nie erreichen kann, habe ich bereits ausgeführt. Offensichtlich vermag die gigantische Umverteilungsmaschinerie aber noch nicht einmal, den Menschen den Eindruck von „gerechten wirtschaftlichen Verhältnissen“ zu vermitteln.

Dies gilt umso mehr, da alle sozialen Sicherungssysteme Kinder des späten 19. Jahrhunderts sind, in denen die Notfälle im Alltag, der Krankheit, aber auch die Rentenversicherung an den Faktor der Erwerbstätigkeit gekoppelt wurden. Damit waren die sozialen Sicherungen für Frauen und Kinder, also der Mehrheit der Bevölkerung, nicht eigenständig geregelt, sondern an die Erwerbstätigkeit von Männern gebunden. Deshalb müssen die sozialen Sicherungssysteme, vor allen Dingen im Hinblick auf den Bevölkerungsrückgang in Deutschland grundsätzlich überprüft werden. Neue Überlegungen müssen vor allen Dingen den Gegensatz bzw. die Entkopplung von Freiheit und Gleichheit überwinden. Es darf nicht so weitergehen, dass möglichst viele Pflichten und Verantwortlichkeiten beim Staat geführt werden, die zu einer Überforderung sowohl in der Finanzierbarkeit, aber auch in der Verantwortlichkeit unseres Gemeinwesens enden.

Freiheit und Verantwortung bedeutet jeweils auch Vielfalt, Bereitschaft zur Veränderung, zum Wandel und zum Risiko, aber Freiheit muss auch Zukunftsverträglichkeit garantieren können, Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Sowohl die Ökologie wie auch die Alterssicherung verlangen eine Neujustierung des Verhältnisses von Staat und Bürgern im Hinblick auf die Finanzsituation des Staates und die Verschuldenssituation zwischen den Generationen. Finanzpolitische Nachhaltigkeit als generationenübergreifendes Prinzip (Versuch wenigstens einer „Schuldenbremse“) hat bereits Thomas Jefferson in einem Brief an James Madison am 6. September 1789 formuliert. Er schrieb: „Die Frage, ob eine Generation von Menschen das Recht hat, eine andere verpflichtend zu binden, scheint weder auf der anderen noch auf dieser Seite des Meeres aufgeworfen worden zu sein. Dennoch ist es eine Frage von solchem Gewicht, dass sie nicht nur eine Entscheidung verdienen würde, sondern zu den fundamentalen Prinzipien jeder Staatsregierung gehören müsste. Kein Mensch kann einen anderen zur Zahlung seiner eingegangenen Schulden nötigen. Denn, wenn er dies könnte, könnte er während seines eigenen Lebens, die Nutznießung des Landes für etliche kommende Generationen verzehren. Dann würde das Land den Verstorbenen – und nicht den Lebenden – gehören. Daher darf keine Generation mehr Schulden eingehen, als im Laufe ihrer Existenz gezahlt werden kann“.

Jede Generation sollte verpflichtet sein, die Freiheitschancen Nachgeborener zu wahren und nicht durch Verbindlichkeiten und Verbrauch aufs Spiel zu setzen, um die ethischen Werten von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auch für die nächsten Generationen als Leitbilder zu erhalten, die der menschlichen Würde jedes einzelnen Menschen dienen.